Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 32.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse Riesa Nr. 32.

№ 204. Donnerstag, 1. September 1927, abends. 80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorausbezahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 2 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 85 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 13. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Konjunkturbesserung?

Bis vor wenigen Monaten hatte man Grund, von einem ausgesprochenen Konjunkturoptimismus in Deutschland zu sprechen. Die Börse stand bekanntlich länger als ein Jahr völlig im Zeichen dieses Konjunkturoptimismus', bis plötzlich an dem berühmten „schwarzen Freitag" eine Wendung eintrat, die sich allerdings weniger an der Börse selbst, wo die Kurse sich ziemlich schnell erholten, als vielmehr in der allgemeinen Beurteilung der Wirtschaftslage bemerkbar machte. Seit jener Zeit herrschte der „Konjunkturpessimismus" entschieden vor. So übertrieben seinerzeit die allzu günstige Wirtschaftsbeurteilung war, so übertrieben ist jetzt auch die Schwarzseherei, in der sich die Presse und auch die offizielle Wirtschaftsberichterstattung gefällt. Neue Nahrung hat der Pessimismus erhalten durch die letzte Außenhandelsbilanz, die ein kaum geringeres Passivsaldo aufweist als die Junibilanz.

In der Tat ist die Wirtschaftslage zur Zeit durchaus nicht als sonderlich ungünstig anzusprechen, obwohl von der wesentl. Konjunkturwendung zum Besseren natürlich noch keine Rede sein kann. Auch die Wirtschaftsberichte der Großbanken, die im allgemeinen von der Börse und von der Wirtschaft stark beachtet werden und teilweise sogar tendenzbildend sind, treten neuerdings dem Konjunkturpessimismus entgegen. So heißt es beispielsweise in dem Bericht einer führenden Großbank: „Die Wandlungen, die zweifellos in der letzten Zeit im Charakter der Konjunktur eingetreten sind, geben zu einer pessimistischen Beurteilung der Lage noch keine Veranlassung, z. B. besteht zweifellos die Möglichkeit, daß die Schwankungen im Eingang neuer Aufträge bei der Eisenindustrie, deren Beschäftigung im übrigen auf längere Zeit gesichert ist, sonders auf die jahreszeitlichen Bedingungen zurückzuführen sind. Wenn die Kohlenförderung vorübergehend einen Rückgang aufgewiesen und auch der Inlandsabsatz etwas nachgelassen hat, so lassen sich daraus angesichts der so ungünstigen Weltwirtlage für dieses Produkt ebenfalls keine einwandfreien Schlüsse ziehen . . .

Die Konjunkturschwankungen, die sich in dieser Zeit bemerkbar machen, sind fast ausnahmslos saisonmäßig bedingt. So sind die oben erwähnten Stockungen im Eingang neuer Aufträge bei der Eisenindustrie fast ausschließlich darauf zurückzuführen, daß die Bauindustrie ihren Bedarf völlig gedeckt hat. Auch die gestiegene Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte sind dadurch veranlaßt, daß die Ernte sich in diesem Jahr etwas verspätet hat. Es ist auffallend, daß lediglich in den Industrien, die besonders konjunkturempfindlich sind, wie z. B. der Textilindustrie, in diesen Monaten einige Unsicherheit besteht. Das ist ein Beweis dafür, daß nicht die allgemeine Wirtschaftsverfassung, sondern die saisonmäßigen Konjunkturbedingungen ausschlaggebend sind.

Auf der anderen Seite darf man die Erscheinungen, die scheinbar für eine Besserung der Konjunktur sprechen, wie etwa den Rückgang der Arbeitslosigkeit, nicht überschätzen. In der Landwirtschaft herrscht zur Zeit noch starker Bedarf an Arbeitskräften, die letzten Rückgänge der Erwerbslosenziffer sind daher wohl zum größten Teil auf diesen Bedarf zurückzuführen.

Auch mit der Behauptung eines Großbankberichtes, daß die kurzfristige Auslandsverschuldung Deutschlands nicht von weittragender Bedeutung für die Liquidität der deutschen Wirtschaft sei, kann man nur mit starken Vorbehalten einverstanden sein. Zwar ist von sachverständiger Seite kürzlich eine kurzfristige Auslandsverschuldung in Höhe von anderthalb Milliarden Mark als für die Wirtschaft tragbar bezeichnet worden. Diese Summe ist aber bereits um eine halbe Milliarde Mark überschritten worden und es sieht nicht so aus, als ob der Zustrom ausländischen Kapitals, das kurzfristige Anlage in Deutschland sucht, bald aufhört, zumal die Diskontherabsetzung in Newyork einen neuen und starken Anreiz für den Abfluß amerikanischen Kapitals nach Europa und namentlich nach Deutschland bildet. Es ist bekannt, daß diese kurzfristigen Auslandskredite zum großen Teil zur Finanzierung der Börse dienen. Die Prozentige Einschränkung der Reportkredite, die seinerzeit zu dem Zusammenbruch der Börse führte, ist durch ausländische Gelder so gut wie völlig paralysiert worden. Das Problem der kurzfristigen Auslandsverschuldung scheint also immerhin von größerer Bedeutung zu sein, als die Großbanken es wahr haben wollen.

Im übrigen ist die Verfassung des Geldmarktes noch reichlich unsicher. Die bevorstehende Finanzierung der Ernte dürfte die Lage des Geldmarktes weiter verschlechtern, wenn auch die Kapitalnot der Landwirtschaft heute nicht mehr so groß ist wie im vorigen Jahr. Die Aufnahmefähigkeit des deutschen Kapitalmarktes wird in Zukunft also weiter äußerst beschränkt bleiben, so daß zur Deckung des Kapitalbedarfes der Wirtschaft auch weiterhin das Ausland herangezogen werden muß. Das wird voraussichtlich keine Schwierigkeiten machen, da namentlich in den Vereinigten Staaten Anlagegelegenheiten im Auslande gesucht sind.

Immerhin wird die Entwicklung der deutschen Wirtschaft zunächst weniger durch die Verhältnisse auf dem Anleihe- und Geldmarkt, als vielmehr durch die Produktions- und Preispolitik ihre Richtung erhalten. Der zitierte Wirtschaftsbericht schreibt darüber: „Gerade der letzte Außenhandelsausweis beweist, daß die jetzige Preislage eine nicht unbeträchtliche Steigerung der Ausfuhr noch zuläßt und die Passivität im Außenhandel größtenteils auf die von uns bereits im Vorbericht erwähnten, durch die Hochkonjunktur bedingten Schwierigkeiten der Anpassung der Produktion an die stark gesteigerte Inlandsnachfrage zurückzuführen ist. Die Entwicklung im Monat Juli zeigt erneut die Wichtigkeit der Preisfrage für die künftigen Umstellungsmöglichkeiten der Konjunktur auf den Auslandsabsatz, und wie wesentlich es ist, die Produktionskosten unter allen Umständen noch weiter herabzudrücken. Die nächsten Aufgaben der deutschen Wirtschaftspolitik sind demnach weniger geld- und kreditpolitischer, als produktions- und preispolitischer Natur."

Berücksichtigt man alle für die gegenwärtige Wirtschaftskonjunktur maßgebenden Faktoren, so muß man unbedingt zu dem Schluß kommen, daß für einen ausgesprochenen Wirtschaftspessimismus kein Anlaß vorhanden ist. Selbstverständlich ist an einen wesentlichen Aufschwung der deutschen Wirtschaft so lange nicht zu denken, als die offizielle Wirtschaftspolitik durch die Reparationsfragen gehemmt wird.

Ein Notruf der Landwirtschaft.

Der Reichslandbund an die Reichsregierung.

Hilfe für die Ernteschäden.

* Berlin, 31. August. (Telunion.) Das Präsidium des Reichslandbundes hat an die Reichsregierung folgendes Schreiben gerichtet:

„Die Regengüsse und Hagelwetter der letzten Tage haben in vielen Teilen des Reiches weitere starke Ernteschäden angerichtet und zum Teil eine geradezu trostlose Lage hervorgerufen. Die andauernde Nässe hat in diesen Gebieten das Schneiden des Getreides zum Teil unmöglich gemacht, weite Flächen stehen unter Wasser und können nicht betreten werden. Das Getreide ist zum Teil angewachsen, verdirbt auf dem Felde und kann nicht eingefahren werden. Der Gemüsebau, die Hackfruchternte, Wiesen und Weiden scheinen ebenfalls schwer geschädigt zu sein. Wenn unter normalen Wirtschaftsverhältnissen, namentlich bei ausreichenden Kreditmöglichkeiten und mit eigenem Betriebskapital, die Landwirtschaft in der Lage ist, eine Fehlernte aus eigener Kraft zu tragen, so liegen diese Voraussetzungen jetzt nicht vor. Das eigene Betriebskapital ist durch die Inflation zerstört, an die Stelle von Kreditmöglichkeiten sind Verpflichtungen zur Rückzahlung von Krediten getreten; auch ohne Witterungsschäden ist infolge der Zoll- und Handelspolitik eine Rentabilität in der Landwirtschaft allgemein nicht festzustellen. In vielen Gebieten ist zudem die Ernte zum zweiten oder gar zum dritten Male schwer geschädigt.

Unter diesen Verhältnissen sind außergewöhnliche Hilfsmaßnahmen erforderlich. Als solche schlagen wir vor:

1. Sofortige Feststellungen des Ausmaßes dieser Schäden durch örtliche Verwaltungsbehörden und Festlegung derjenigen Gebiete, die einheitlich betroffen sind. Diese Feststellungen müßten umgehend erfolgen, solange die Schäden erkennbar sind.

2. Die Steuern und sonstigen Abgaben (wie z. B. Rentenbankzinsen) von Reich, Ländern und Gemeinden müssen den betroffenen Landwirten zinslos bis zu dem Zeitpunkt gestundet werden, in welchem die Höhe des Schadens feststeht und entsprechender Steuererlaß angeordnet werden kann.

3. In diesen Gebieten wird eine Rückzahlung von Krediten, die in diesem Jahre wiederum in bedrohlichem Ausmaße gestiegen sind, nicht möglich sein. Hier muß besonders geholfen werden. Wir glauben, ein allgemeines Moratorium für kurzfristige Personalkredite nicht empfehlen zu sollen, halten es aber für unumgänglich notwendig, daß ohne Schädigung anderer, diesen Landwirten seitens des Reiches langfristige Kredite zu erträglichem Zinsfuß zur Verfügung gestellt werden, damit mit diesen Mitteln die in den kommenden Monaten fällig gestellten Wechselschulden in Realkredite umgewandelt und der Ankauf von Futtermitteln und Saatgut sowie die Bergung der Ernte ermöglicht werden.

4. Bereitstellung von Mitteln zur Getreidelombardierung über die jetzt beabsichtigten Maßnahmen hinaus.

5. Zurverfügungstellung von Reichswehr für die verspäteten und damit zusammengedrängten und schwierigen Erntebergungsarbeiten.

Lebt Filchner?

In gutunterrichteten Kreisen, die den verschollenen Forscher Filchner genau kennen, begegnet man vielfach der Ansicht, daß die Nachricht von seinem Tod mit einer gewissen Vorsicht aufzunehmen sei. Selbstverständlich hat das deutsche Auswärtige Amt auf die ersten Meldungen hin sofort alles daran gesetzt, um auf telegraphischem Wege Gewißheit über sein Schicksal zu erhalten. Bei den schlechten Postverhältnissen in Tibet ist es kein Wunder, daß diese Bemühungen bisher noch keinen Erfolg hatten.

Im übrigen muß der von einer gewissen Seite aufgestellten Behauptung, Filchner sei von den deutschen zuständigen Stellen nicht ausreichend unterstützt worden, auf das Entschiedenste entgegengetreten werden. Wie wir von bestinformierter Seite erfahren, hat gerade das Auswärtige Amt dieser Forschungsexpedition jede nur erdenkliche Hilfe zuteil werden lassen.

Der Sieg des Memellandes.

Wie nicht anders zu erwarten war, hat der Wahltag im Memelgebiet dem Deutschtum des Landes einen großen, ja geradezu überwältigenden Sieg gebracht. Wenn man auch auf Grund der vorliegenden Ergebnisse festzustellen hat, daß die deutsche Mehrheit im Landtag im Vergleich zu der durch die letzte Wahl festgelegte sich nicht verstärkt hat, so darf man hierbei doch nicht vergessen, daß diesmal im Gegensatz zu der letzten Wahl auch die nach Memel geschickten litauischen Beamten wahlberechtigt zu dem Landtag waren. Dieser Wahlkniff Kownos hat der groß-litauischen Bewegung im Memelland (soweit man überhaupt von einer solchen sprechen kann) nicht viel genützt. Vergleicht man das vorliegende Wahlergebnis mit dem Ausgang der Wahlen zum litauischen Seim im Jahre 1926, so hat man sogar festzustellen, daß die Stimmen der Großlitauer um etwa 650 zurückgegangen sind. Sehr bedauerlich bleibt die Tatsache, daß die Wahlbeteiligung im Lande nicht größer war als höchstens 75 Prozent. Wären vollzählig alle deutschen Stimmen zur Urne geeilt, so wäre der Erfolg des Deutschtums entschieden größer gewesen als der, der jetzt zu verzeichnen ist. Die Einzelergebnisse lassen erkennen, daß die stärkste Partei des Landes, die Memelländische Volkspartei, den größten Verlust zu erleiden hatte. Erklärlich wird diese Tatsache durch die scharfe Pressezensur Kownos, die der Parteileitung jede großzügige Werbearbeit zum größten Teil unterband. Auch die Mängel der Organisation bei der Wahlabgabe machten sich äußerst betrüblich erkennbar. Dank der Nachlässigkeit der großlitauischen Wahlorganisatoren waren der deutschen Bevölkerung noch am Wahltage selbst die Wahllokale nicht „alle bekanntgegeben worden. Neben der Memelländischen Volkspartei haben auch die deutschen Sozialdemokraten des Landes an Stimmen eingebüßt, die ziemlich restlos den Kommunisten zufielen. Während im alten memelländischen Landtag die Kommunisten überhaupt nicht vertreten waren, werden sie jetzt auf Grund des Wahlergebnisses mit zwei Abgeordneten in das Parlament einziehen können. Immerhin bleibt trotz einiger betrüblicher Nebenerscheinungen der große Erfolg des Deutschtums bestehen. Er dürfte die Herren in Kowno davon überzeugen, daß aller Entnationalisierungspolitik zum Trotz die Bevölkerung fest an ihrem Deutschtum zu halten entschlossen ist. Auch für den Völkerbund dürfte das Wahlergebnis eine lehrsame Aufklärung sein.

*

* Memel. (Telunion.) Nach den nunmehr aus 84 Stimmbezirken vorliegenden Ergebnissen erhielten:

Memelländische Volkspartei	16 812	Stimmen
Memelländische Landwirtschaftspartei	16 578	„
Memelländische Sozialdemokraten	5 098	„
Kommunisten	3 569	„
Groß-Litauische Parteien	6 443	„
Litauische Landwirtschaftliche Splitterparteien	1 362	„
Litauische Sozialdemokraten	176	„

Es fehlen noch 24 Bezirke. Es handelt sich dabei meistens um abgelegene Wahlbezirke, die aber an dem Ergebnis kaum noch etwas ändern werden. Wahrscheinlich ist es, daß die Landwirtschaftspartei die Volkspartei noch einholen wird, da es sich bei den ausstehenden Bezirken um ausschließlich landwirtschaftliche handelt.

Ein Weltkongreß für Bevölkerungsfragen.

)(Genf, 31. August. Heute vormittag ist hier ein Weltkongreß für Bevölkerungsfragen eröffnet worden, der unter dem Vorsitz des früheren Präsidenten des englischen Statistischen Amtes Sir Bernard Mallet steht und sich die Aufgabe gestellt hat, das Bevölkerungsproblem in einen Zusammenhang zu den ökonomischen, geographischen und politischen Fragen zu stellen. Der Kongreß umfaßt annähernd 200 Teilnehmer, vorwiegend Wissenschaftler und Bevölkerungspolitiker, darunter von deutscher Seite Professor Goldschmidt, Direktor des Kaiser Wilhelm-Institutes in Berlin, Professor Grotjahn, der Sozialhygieniker der Berliner Universität, ferner der Direktor des Berliner Biologischen Instituts Dr. Erwin Baur, den Freiburger Anatomen Professor Eugen Fischer. Dr. Henriette Fürth-Frankfurt a. M., Dr. Max Hirsch-Berlin, Dr. R. R. Kuczinsky-Berlin und S. Placzek. An bekannten Ausländern sind u. a. J. M. Keynes, Erwin Fisher, Charles Gide, Prof. Calmette H. G. Wells und Thomas Amadeo (Argentinien) zu erwähnen. Die Dauer des Kongresses ist auf vier Tage bemessen. Unter den Anträgen erscheint die Forderung nach Schaffung einer ständigen internationalen Organisation für die Behandlung der Bevölkerungsfragen. Eine Sitzung unter Vorsitz von Prof. Goldschmidt ist der Erörterung der deutschen biologischen und sozialen Fragen vorbehalten, die das Problem berühren.

Amerikanische Torpedobootszerstörer in Kiel.

)(Kiel. Die amerikanischen Torpedobootszerstörer Whipple und Barker sind, von Gdingen kommend, gestern vormittag in den hiesigen Hafen eingelaufen. Sie werden bis zum 6. September hier bleiben. Während ihres Aufenthaltes sind verschiedene Veranstaltungen geplant, u. a. Ausflüge in die holsteinische Schweiz. Der Magistrat der Stadt Kiel wird den Offizieren im Ratskeller ein Frühstück geben.